

## Zwischenbilanz der Koalition nach einem Jahr unionsgeführter Bundesregierung (Textbausteine)

### **Wir machen den Unterschied. Deutschland voranbringen.**

Die Welt befindet sich in einem fundamentalen Wandel. Eine Logik der Großmächte kehrt immer mehr zurück. Tiefgreifende geopolitische Umbrüche lassen alte Gewissheiten schwinden. Das bisherige „Geschäftsmodell Deutschland“ funktioniert nicht mehr wie bisher. Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Wir haben in den zurückliegenden Jahrzehnten in Deutschland und Europa sehr deutlich an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Zwischen 1993 und 2022 ist das Pro-Kopf-BIP in den USA um fast 60 Prozent gestiegen, während der Anstieg in Europa bei weniger als 30 Prozent lag. Auch dadurch geraten wir unter Druck und stehen vor einer grundlegenden Richtungsentscheidung: Wir können unseren relativen Bedeutungsverlust verwalten – oder **mit mutigen Reformen** den Willen zur Selbststärkung entwickeln, der notwendig ist, um unsere Interessen behaupten zu können.

**Der Politikwechsel hat begonnen.** „Aus Verantwortung für Deutschland“ sind wir in diese Koalition gegangen. Erste Veränderungen haben wir schnell angestoßen, wichtige Reformen auf den Weg gebracht. Für uns als CDU/CSU-Bundestagfraktion ist dabei der Kurs klar: Wachstum schaffen, Sicherheit stärken und Gerechtigkeit erneuern. So bringen wir Deutschland voran. In weniger als einem Jahr haben wir im Deutschen Bundestag bereits **141 Gesetze beschlossen**. Dazu gehören unter anderem **Maßnahmen zur Stärkung des Wachstums** (Senkung der Unternehmenssteuern, der Investitionsbooster, die mittelstandsfreundliche Beschleunigung der öffentlichen Beschaffung, die Abschaffung der Sicherheitsbeauftragten für kleine Unternehmen sowie eine Vielzahl an Maßnahmen zur Senkung der Energiepreise; Wiedereinführung der Agrardiesel-Rückerstattung; u.v.m.) oder **die konsequente Bekämpfung illegaler Migration**. Die Asylbewerberzahlen gehen deutlich zurück. Die Asyl-Erstanträge in Deutschland sind im Jahr 2025 im Vergleich zu 2024 um 51 Prozent rückläufig, um 66 Prozent im Vergleich zum Jahr 2023. Wir haben **das Bürgergeld abgeschafft und eine neue Grundsicherung eingeführt**.

**Den Politikwechsel weiter vorantreiben.** Deutschland ist seit Jahren wirtschaftlich nicht mehr gewachsen, Deutschland und die Deutschen sind ärmer geworden. Weiteren Stillstand können wir uns nicht erlauben. Der Politikwechsel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik braucht mutige Strukturreformen. Für uns als Unionsfraktion ist klar: Wachstum ist die Achse, um die sich alles andere dreht. Wachstum ist die Voraussetzung einer soliden Haushaltspolitik, einer starken Sozialpolitik und selbstbewussten Außen- und Europapolitik. Die Stabilität einer Gesellschaft liegt insbesondere auch in ihrer Fähigkeit zu Reformen. Als Union wollen wir nicht den Status quo verwalten – wir wollen Fortschritt ermöglichen, Fortschritt gestalten. Das heißt konkret: eine Wirtschaft, die wieder wächst; ein Staat, der solide finanziert ist; Sozialsysteme, die auch in Zukunft tragen. Dafür sind wir im ersten Jahr einige erste Schritte gegangen, weitere werden folgen:

## **1. Wirtschaft und Bürger entlasten**

- Damit unser Wirtschaftsstandort wieder wettbewerbsfähiger wird, sinkt die Körperschaftsteuer ab 2028 um einen Prozentpunkt jährlich von 15 Prozent auf 10 Prozent. Es handelt sich hierbei um die größte Steuersenkung seit 15 Jahren.
- Für alle Arbeitnehmer haben wir zum 1. Januar 2026 die Entfernungspauschale auf 38 Cent ab dem ersten Kilometer angehoben. Somit gleichen wir die höheren Kosten beim Pendeln zur Arbeit aus.
- Steuererleichterungen für die Gastronomie, von der Eckkneipe im Kiez bis zur Systemgastronomie: Wir haben die Umsatzsteuer für Speisen in der Gastronomie von 19 auf 7 Prozent dauerhaft gesenkt.
- Zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements haben wir zum 1. Januar 2026 u. a. die Übungsleiterpauschale auf 3.300 Euro und die Ehrenamtspauschale auf 960 Euro erhöht.
- Zur Stärkung von Verbrauchern und Automobilwirtschaft haben wir die Steuerbefreiung für Elektrofahrzeuge über 2025 hinaus verlängert.

## **2. Verbraucher und Wirtschaft werden bei den Energiepreisen entlastet - Energiewende technologieoffen meistern**

- Verbraucher und Wirtschaft werden bei Strom- und Gaspreisen entlastet! Wir haben die Gasspeicherumlage abgeschafft und entlasten mit insgesamt 3,4 Mrd. Euro die Gasverbraucher. Wir bezuschussen die Übertragungsnetzentgelte und entlasten die Stromverbraucher dadurch in den nächsten vier Jahren um insgesamt 26 Milliarden Euro. Wir haben die Stromsteuersenkung bis auf den EU-Mindeststeuersatz (50 Cent/MWh) für das produzierende Gewerbe und die Land- und Forstwirtschaft verstetigt. Für die energieintensiven Betriebe haben wir einen Industriestrompreis eingeführt.
- Das unionsgeführte Wirtschaftsministerium hat ein Energiewende-Monitoring vorgelegt: Eine Bestandsaufnahme, die zeigt, was zu tun ist, damit die Energieversorgung sicher und bezahlbar bleibt. Dabei setzen wir auf Technologieoffenheit. Daher haben wir eine Reihe von Gesetzen verabschiedet, mit denen wir die Planungs- und Genehmigungsverfahren für die Windenergie, Energiespeicher, Stromnetze und Geothermie vereinfachen und beschleunigen. Auch den Verbraucherschutz und die Digitalisierung unserer Energieversorgung haben wir verbessert.
- Angesichts der steigenden Kraftstoffpreise in Folge des Iran-Kriegs haben wir schnell reagiert. Im ersten Schritt haben wir das Kartellrecht verschärft, u.a. mit der Beweislastumkehr, wodurch das Bundeskartellamt die Preise und Gewinne auch der Mineralölkonzerne besser untersuchen kann. Mit der Einführung des sog. „österreichischen Modells“ (nur noch einmalige Möglichkeit der Preiserhöhung an Tankstellen pro Tag) wurde die Voraussetzung für mehr Markttransparenz geschaffen. Im zweiten Schritt haben wir dann auf zwei Monate befristet seit dem 1. Mai 2026 die Energiesteuer (inkl. Umsatzsteuer-Anteil) um rund 17 Cent je Liter

Benzin oder Diesel gesenkt. Damit entlasten wir Verbraucher sowie die Wirtschaft bei den Preisen für Kraftstoffe um rund 1,6 Milliarden Euro.

- Die steuerliche Begünstigung für Agrardiesel haben wir wieder eingeführt.
- Im Sinne unseres Industriestandortes und des Klimaschutzes haben wir den Rechtsrahmen für CCS (Carbon Capture and Storage) und CCU (Carbon Capture and Utilization) geschaffen, etwa für den Bau einer CO<sub>2</sub>-Transportinfrastruktur. Damit können wir CO<sub>2</sub> abscheiden, bevor es in die Atmosphäre gelangt, und leisten einen Beitrag zur Klimaneutralität.
- Das „Heizungsgesetz“ der Ampel wird abgeschafft. Die bürokratischen und kleinteiligen Regelungen werden gestrichen. Das neue Gebäudemodernisierungsgesetz wird technologieoffener, flexibler, praxistauglicher und einfacher.

### **3. Mobilität stärken und technologieoffen vorantreiben**

- Ebenso gilt beim Antrieb Technologieoffenheit: Auf beharrlichen Druck der Union hin setzt sich die Bundesregierung auf EU-Ebene dafür ein, dass 2035 ergänzende Übergangstechnologien wie Plug-In-Hybrid-Fahrzeuge (PHEV), Elektrofahrzeuge mit Range-Extendern (EREV) und hoch-effiziente Verbrenner zugelassen werden können und die Regulierung entsprechend angepasst wird. Das hilft der heimischen Automobilwirtschaft, einem der wichtigsten Wirtschaftszweige Deutschlands. Gleichzeitig bleibt die Elektromobilität weiterhin ein zentraler Baustein. Damit das E-Auto erschwinglich wird, fördern wir insbesondere Haushalte mit kleinem und mittlerem Einkommen beim Kauf und Leasing von reinen Elektro- und Plug-in-Hybrid-Fahrzeugen. Zudem haben wir die Kfz-Steuerbefreiung für E-Autos sowie die Mautbefreiung von emissionsfreien LKWs verlängert.
- Wir stärken den Schienenverkehr und den ÖPNV: Mit einer umfassenden Bahnreform, die den Konzern vom Kopf auf die Füße stellt, soll die Bahn wieder zu einem verlässlichen Verkehrsmittel werden. Zudem haben wir die Finanzierung des Deutschlandtickets für die nächsten Jahre gesichert. Wir haben gesetzlich den Anstieg der Trassenpreise, die die Eisenbahnverkehrsunternehmen für die Nutzung der Schienenwege bezahlen müssen, abgemildert.
- Zur Stärkung des Luftverkehrsstandorts Deutschland haben wir die Umsetzung eines umfangreichen Maßnahmenpakets gestartet. Wir haben die nationale PtL-Quote abgeschafft, die Luftverkehrsteuer wird zum 1. Juli 2026 auf das gesetzliche Niveau vor der Erhöhung im Jahr 2024 gesenkt. Die Flugsicherungsgebühren werden bis 2029 sinken. Mit unseren Maßnahmen unterstützen wir unsere großen Flughäfen, aber auch die Regionalflughäfen.
- Mit dem verabschiedeten Gesetz zur Weiterentwicklung der Treibhausgasmindierungsquote sorgen wir für mehr Klimaschutz im Verkehrssektor und schaffen Planungssicherheit für die Inverkehrbringer von Kraftstoffen. Im Sinne der Technologieoffenheit sorgen wir durch einen breiten

Mix an Erfüllungsoptionen für marktwirtschaftliche Anreize, um Kraftstoffe CO<sub>2</sub>-ärmer zu machen.

- Wir treiben die Digitalisierung im Verkehrsbereich voran. Mit dem digitalen Fahrzeug- und Führerschein können die Papiere zukünftig bequem auf dem Handy mitgeführt werden.

#### **4. Besserer Rahmen für Investitionen**

- Weil insbesondere private Investitionen unseren Wohlstand sichern, haben wir degressive Abschreibungen von bis zu 30 Prozent pro Jahr für Investitionen ermöglicht, die vom 1. Juli 2025 bis Ende 2027 getätigt werden. Zudem haben wir die Forschungszulage erhöht und die Bedingungen für E-Mobilität verbessert.
- Wir haben das ERP-Wirtschaftsplangesetz 2025 beschlossen. Im Jahr 2026 sollen aus dem ERP-Sondervermögen Mittel für kleinere und mittlere Unternehmen bereitgestellt werden, um zinsgünstige Finanzierungen und Beteiligungskapital mit einem Volumen von rund zwölf Mrd. Euro zu ermöglichen.
- Mit dem Standortfördergesetz haben wir starke steuerliche und regulatorische Impulse für private Investitionen gesetzt. Dazu wurden die Rahmenbedingungen für private Investitionen, insbesondere in Infrastruktur und erneuerbare Energien sowie in Wagnis- und Wachstumskapital (Venture Capital), verbessert und eine Menge unnötiger Bürokratie im Finanzmarktrecht abgebaut.
- Mit der High-Tech-Agenda setzen wir auf die Schlüsselindustrien der Zukunft, zum Beispiel bei der Fusionsenergie, dem Quantencomputing, Künstlicher Intelligenz, Biotechnologie oder in der Raumfahrttechnologie.

#### **5. Infrastruktur modernisieren**

- Wir sanieren Deutschland. Mit der größten Modernisierungs-Offensive seit der Wiedervereinigung stellen wir 500 Mrd. Euro für Bahnstrecken und Straßen, Schulen und Kitas, Forschung und Digitalisierung bereit, Länder und Kommunen erhalten 100 Mrd. Euro für Sanierung und neue Projekte.
- Mit dem Länder- und Kommunalentlastungsgesetz stärken wir Länder mit finanzschwachen Kommunen ebenso wie finanzstarke Länder.
- Mit 166 Mrd. Euro investieren wir in den nächsten Jahren so viel wie noch nie in Straße, Schiene und Wasserstraße. Dabei gilt: Alles, was baureif ist, wird gebaut. Dafür haben wir im Jahr 2026 noch einmal zusätzlich 3 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt und die notwendige Flexibilität geschaffen, um alle Mittel für alle baureifen Projekte verwenden zu können. Auf dieser Grundlage wurden Anfang Dezember die Baufreigaben für 16 Bundesstraßen- und sieben Autobahn-Neubauprojekte erteilt.
- Mit einem neuen Infrastrukturzukunftsgesetz, das wir so schnell wie möglich verabschieden wollen, werden wir den Weg für mehr Tempo bei der Planung und Genehmigung neuer Straßen, Schienen und Wasserstraßen ebnen.

- Wir sorgen dafür, dass Häuser und Wohnungen schneller und günstiger gebaut werden können. Mit dem „Bau-Turbo“ (Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung) haben wir den Gemeinden ermöglicht, von aufwändigen und kostentreibenden Vorschriften des Baugesetzbuches abzuweichen. Als zweiten Schritt verabschieden wir noch 2026 eine umfassende Novelle des Baugesetzbuches. Zudem haben wir gesetzlich ermöglicht, dass nicht mehr benötigte Bahnflächen einfacher zur Nutzung für andere Zwecke, etwa für den Wohnungsbau, freigegeben werden können. Zur Aktivierung des Bauüberhangs (geplante, aber nicht begonnene Projekte), fördern wir Projekte, die den Effizienzhaus 55-Standard (EH 55) erfüllen. Um den stagnierenden Wohnungsbau anzukurbeln, haben wir 800 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Auch die Förderung für barrierefreies Umbauen haben wir wiederbelebt.
- Das neu geschaffene Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung steht für spürbare Fortschritte auf dem Weg zu einem schnelleren, digitalen und handlungsfähigeren Deutschland.
- Mit der „Modernisierungsagenda des Bundes“ und durch die „Föderale Modernisierungsagenda“ liegen erstmals verbindliche Fahrpläne für einen moderneren Staat vor:
- Weniger Zettelwirtschaft und mehr Realwirtschaft durch spürbaren Bürokratierückbau, schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren, eine leistungsfähige digitale Infrastruktur mit gemeinsamen Standards („Deutschland-Stack“). Durch Künstliche Intelligenz in der Verwaltung und durch eine Positionierung des Staates als Ankerkunde stärken wir unsere digitale Souveränität und den Wirtschaftsstandort Deutschland.

## **6. Irreguläre Migration eindämmen**

- Wir setzen auf eine konsequente Bekämpfung illegaler Migration.
- Die Asylzahlen gehen deutlich zurück. Erstmals nach mehr als zehn Jahren ist Deutschland nicht mehr das wichtigste Zielland für Asylbewerber in Europa. Die Asyl-Erstanträge in Deutschland sind im Jahr 2025 im Vergleich zu 2024 um 51 Prozent rückläufig, um 66 Prozent im Vergleich zum Jahr 2023.
- Mit der nationalen Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems entsteht ein Gleichgewicht aus Solidarität, Humanität und Ordnung. Zu den wichtigsten Änderungen gehört, dass zukünftig häufiger direkt an der EU-Außengrenze über den Asylantrag entschieden wird. Wer abgelehnt wird, soll direkt von dort in den jeweiligen Herkunftsstaat zurückgeführt werden. Die illegale Weiterwanderung innerhalb der EU soll endlich gestoppt werden: Durch konsequente Kürzungen der Sozialhilfe und Aufenthaltspflichten in neuen Sekundärmigrationszentren. Ziel ist eine gerechtere Verteilung der Verantwortung in Europa. Die Fortführung einer ordnenden Asyl- und Migrationspolitik entlastet die Kommunen - durch sinkenden Zuwanderungsdruck und beschleunigte Rückführungen. Die gesetzlichen Grundlagen hierfür haben wir bereits im Bundestag beschlossen - die Effekte vor Ort werden jedoch erst zeitverzögert sichtbar. Und auch die anstehende Rückführungsverordnung der EU wird weitere

Entlastung bringen, etwa mit Return Hubs in außereuropäischen Staaten. Das Bundesinnenministerium hat mit EU-Partnern bereits die Vorbereitung dieser Maßnahme begonnen.

- Einbürgerung steht am Ende eines Integrationsprozesses - nicht am Anfang, denn die Einbürgerung soll die gelungene Integration würdigen. Daher wurde die Turboeinbürgerung nach drei Jahren abgeschafft. Eine Einbürgerung ist in Zukunft frühestens nach fünf Jahren möglich. Integration ist mit klaren Erwartungen verbunden. Sprache, Arbeit und Anerkennung der Werte sind die Grundlage für Teilhabe und Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt.
- Im Koalitionsvertrag ist vereinbart und jetzt umgesetzt: Die Bundesregierung stuft sichere Herkunftsstaaten per Rechtsverordnung ein. Damit kann sie schneller und flexibler handeln. Zur Beschleunigung des Rückführungsprozesses wurde die Pflicht zur Bestellung eines anwaltlichen Vertreters bei Abschiebungshaft und Ausreisegewahrsam abgeschafft. Außerdem gilt: Wer im Einbürgerungsverfahren betrügt, etwa durch gefälschte Sprachzertifikate, erhält eine zehnjährige Einbürgerungssperre.

## **7. Wehrhaftigkeit stärken**

- Der Neue Wehrdienst wurde eingeführt. Männer werden künftig zur Musterung verpflichtet. Mit einem verbindlichen Aufwuchspfad mit halbjähriger Berichtspflicht an den Bundestag schaffen wir Verbindlichkeit beim personellen Aufwuchs der Bundeswehr. Nur wenn das nicht reicht, brauchen wir die Wehrpflicht.
- Wir fördern die militärische Sicherheit: Mit einem entsprechenden Artikelgesetz haben wir Schutz und Resilienz der Bundeswehr gestärkt – gegen Spionage, Sabotage, Extremismus und Cyberangriffe – und beschleunigen Sicherheitsüberprüfungen und Sabotageschutz.
- Wir haben 2025 insgesamt 79 Mrd. Euro für unsere Verteidigung ausgegeben. In 2026 sind 108 Mrd. Euro ausgebracht. Von 2026 bis 2030 kommen wir auf rund 730 Mrd. Euro, davon 593 Mrd. Euro aus der Bereichsausnahme. Eine beispiellose Anstrengung zur Sicherstellung unserer Verteidigungsfähigkeit. Wir rüsten nicht nur aus, wir rüsten auf, um unser Land zu schützen.
- Die Beschaffung der Bundeswehr läuft auf Hochtouren. Wir haben im Jahr 2025 mehr als 100 Großprojekte mit einem Volumen größer 25 Mio. Euro bewilligt.
- Wir haben den Nationalen Sicherheitsrat geschaffen. Er bündelt die sicherheitspolitischen Kompetenzen an der Schnittstelle zwischen innerer, äußerer, wirtschaftlicher und digitaler Sicherheit.
- Die Koalition hat die erste Weltraumsicherheitsstrategie beschlossen. Damit schaffen wir das strategische Fundament, um unsere zivile und militärische Handlungsfähigkeit im Weltall dauerhaft zu sichern.
- Das Planungs- und Beschaffungsbeschleunigungsgesetz der Bundeswehr wurde beschlossen, damit die Bundeswehr schneller ertüchtigt werden kann.

## 8. Landwirtschaft entlastet und wertgeschätzt

- Ein zentraler Schritt, der eine Kernforderung von uns zur Bundestagswahl war, ist die vollständige Wiedereinführung der Agrardieselrückvergütung zum 1. Januar 2026. Damit entlasten wir unsere land- und forstwirtschaftlichen Betriebe jährlich um rund 430 Mio. Euro. Diese Entscheidung stärkt die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe und sorgt für Planungssicherheit. Gleichzeitig ist es ein wichtiges Bekenntnis zur Agrarwirtschaft und zum ländlichen Raum.
- Wir haben uns mit dafür eingesetzt, dass das Inkrafttreten der EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte (EUDR) erneut um ein Jahr auf Ende 2026 verschoben wird. Die EUDR, wie sie derzeit vorliegt, führt nicht zu mehr internationalem Waldschutz, sondern nur zu mehr Bürokratie und Auflagen für unsere Betriebe. Daher setzen wir uns dafür ein, die EU-Verordnung praxistauglicher und bürokratieärmer zu gestalten. Unser Ziel ist klar: Wir wollen die deutsche Wirtschaft vor unnötigen Dokumentationspflichten schützen und gleichzeitig wirksame Nachhaltigkeitsstandards sicherstellen.
- Wir haben den Wolf ins Jagdrecht aufgenommen. Dort, wo er eine konkrete Bedrohung für Nutztiere darstellt – auf Weiden, in Offenlandschaften oder auf Deichen –, soll er nun aktiv bejagt werden können. Damit schaffen wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner einen realistischen Ausgleich zwischen Artenschutz und dem Schutz unserer Weidetierhaltung.
- Mit der Abschaffung der Stoffstrombilanzverordnung haben wir die Dokumentations- und Berichtspflichten auf den Höfen sofort reduziert. Der jährliche Bürokratieaufwand sinkt dadurch um rund 18 Millionen Euro.
- Ab dem 1. Januar 2026 kann die kurzfristige Beschäftigung in landwirtschaftlichen Betrieben länger sozialversicherungsfrei ausgeübt werden – statt bisher 70 nun 90 Arbeitstage. Damit schaffen wir dringend benötigte Flexibilität für saisonale Arbeitsspitzen, etwa im Obst-, Gemüse- und Weinbau.
- Ernten sichern heißt auch, wirksamen und praxistauglichen Pflanzenschutz zu ermöglichen und sich nicht von ideologischen Vorgaben treiben zu lassen. Daher haben wir das von der Ampel-Regierung beschlossene sogenannte Zukunftsprogramm Pflanzenschutz, das ausschließlich eine fachfremde Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln zum Ziel hatte, aus dem Haushalt gestrichen.
- Gleichzeitig konnten bei der Pflanzenschutzmittelzulassung wirksame Erfolge erzielt werden. Mit dem Gesetz zur Anpassung des Pflanzenschutzgesetzes haben wir die aus dem EU-Recht folgende Verpflichtung zur Nutzung elektronischer Aufzeichnungen für die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln vom 1. Januar 2026 auf den 1. Januar 2027 verschoben. Wir vermeiden damit Rechtsunsicherheiten und geben allen Betrieben ausreichend Zeit für die Umstellung.

- Schließlich bleibt die Tierhaltung in Deutschland ein zentrales Anliegen. Wir richten den Fokus künftig stärker auf Investitionen, um ein positives Klima für tierwohlgerichte Stallumbauten zu schaffen.
- Außerdem haben wir zügig auf das starke Vogelseuchen-Geschehen reagiert und rückwirkend ab Oktober 2025 den Entschädigungshöchstsatz für Geflügel im Tierseuchenfall von 50 Euro auf 110 Euro pro Stück Geflügel angepasst.
- Mit der Änderung des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes haben wir dessen Inkrafttreten auf 1. Januar 2027 verschoben. Wir verankern nun wichtige Themen wie das vollständige Downgrading und die Kennzeichnung ausländischer Ware praxisgerecht im Gesetz. Wir werden die berufliche Praxis bei der Reform des Gesetzes in den kommenden Monaten eng einbinden, um z.B. Bürokratie bei Meldepflichten durch die Nutzung vorhandener Datenbanken zu erreichen.

## **9. Neue Grundsicherung und mehr Gerechtigkeit**

- Die sozialen Sicherungssysteme sind eine wichtige Errungenschaft unseres Landes und sichern den sozialen Frieden. Aber sie sind komplex, teilweise ineffizient und teuer. Wir sorgen für mehr Gerechtigkeit und werden insbesondere durch die dauerhafte Vermittlung von arbeitslosen Menschen in gute Beschäftigung Einsparungen erzielen.
- Wir haben das Bürgergeld abgeschafft und eine neue Grundsicherung eingeführt. Diejenigen, die arbeiten können, wollen wir dauerhaft in Beschäftigung bringen. Künftig hat die Vermittlung eines Arbeitsplatzes wieder Priorität. Wer Termine bei der Jobvermittlung nicht einhält oder zumutbare Arbeit nicht annimmt, erhält keine Leistungen. Härtefälle werden berücksichtigt. Es gilt der Grundsatz „Fördern und Fordern“.
- Auf Grundlage der vorliegenden Ergebnisse der Sozialstaatskommission gehen wir in diesem Jahr auch den zweiten Schritt zur sog. Grundsicherung II, um bspw. die Hinzuverdienstgrenzen anders auszugestalten, so dass der Anreiz zu arbeiten wächst.

## **10. Die Rente zukunftsfest machen und beste Gesundheitsversorgung bei stabilen Beiträgen**

- Mit dem Rentenpaket I sind wir gemeinsam mit der SPD einen entschiedenen ersten Schritt gegangen, um die Altersvorsorge zu modernisieren und insgesamt breiter aufzustellen. Zu dem Paket, das verschiedene Gesetze umfasst, gehört die Aktivrente. Diejenigen, die über die Regelaltersgrenze hinaus weiterarbeiten, können bis zu 2.000 Euro/Monat steuerfrei hinzuverdienen. Damit setzen wir neue Arbeitsanreize. Wir haben für die Aktivrente auch das sog. Anschluss- oder Vorbeschäftigungsverbot abgeschafft. Die steuerlich geförderte private Altersvorsorge („Riester-Rente“) haben wir mit Fokus auf die Chancen des Kapitalmarkts (Einführung eines Altersvorsorgedepots) und unter erstmaligem Einbezug aller Selbstständigen reformiert.

Mit der Mütterrente III sorgen wir für mehr Gerechtigkeit, indem wir ab dem 1. Januar 2027 die Gleichstellung bei der Anerkennung von Kindererziehungszeiten für Mütter (und Väter) von vor 1992 geborenen Kindern geregelt haben.

Das Rentenniveau haben wir bei 48 Prozent bis 2031 stabilisiert.

Wir haben die Betriebsrente gestärkt, mit dem Ziel, ihre Verbreitung, besonders in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie bei Geringverdienern, zu erhöhen und die Vorsorge bürokratieärmer zu gestalten.

Mit der Frühstartrente werden wir Kinder und Jugendliche an den Kapitalmarkt heranzuführen und bereiten das Startkapital für ihre private Altersvorsorge vor.

- Für ein sog. Rentenpaket II erarbeitet die Rentenkommission bis zum Juni 2026 Vorschläge für eine Stabilisierung der Beitragssätze und ein gutes Gesamtversorgungsniveau über alle drei Säulen der Altersvorsorge. Das Rentenpaket II soll bis spätestens Ende Oktober 2026 im Deutschen Bundestag beschlossen werden.
- Dies macht klar: Im Bereich der Sozialsysteme und für mehr Leistungsgerechtigkeit sind wir neue Wege gegangen. Die Einführung der neuen Grundsicherung, der Aktivrente und die Vorarbeiten zur Frühstartrente stellen eine grundsätzlich andere Politik dar.
- Weitere Reformen im Bereich Gesundheitsversorgung und der Pflegeversicherung stehen an. Das Ergebnis der Finanzkommission Gesundheit hat die Bundesregierung schnell in einen Gesetzentwurf zur Reform der gesetzlichen Krankenkassen umgesetzt. Dessen oberstes Ziel ist und soll bleiben, den allgemeinen Beitragssatz von 14,6 Prozent zuzüglich des durchschnittlichen Zusatzbeitragssatzes stabil zu halten. Er wird nun in den nächsten Wochen im Parlament beraten werden.
- Für die Pflegeversicherung hat die Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft „Zukunftspakt Pflege“ Ergebnisse geliefert, die noch vor dem Sommer auf der Grundlage einer „Roadmap“ umgesetzt werden. Auch diesen Prozess werden wir intensiv begleiten.
- Mit dem Krankenhausreformenpassungsgesetz haben wir eine der größten Krankenhausreformen seit Jahrzehnten abgeschlossen. Dadurch ermöglichen wir im Zusammenspiel mit dem Krankenhaus-Transformationsfonds eine zukunftsfähige Krankenhausstruktur. Unser Ziel ist eine qualitativ hochwertige, bedarfsgerechte und praxistaugliche Krankenhauslandschaft.
- Wir haben bessere Rahmenbedingungen und schnellere Verfahren für die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in Heilberufen geschaffen.

## **11. Außenpolitisch Führungsstärke zeigen**

- Mit Friedrich Merz hat unser Land wieder einen Kanzler, der in Europa führt und bei wichtigen Verhandlungen die Initiative sucht. Besonders für die Unterstützung der Ukraine, die auch unsere Freiheit verteidigt, ist das wichtig.

- Wir haben mit dem Gipfelbeschluss 2025 die NATO gestärkt und werden im Bündnis auch künftig geforderter sein denn je. Die Tragweite dieser Entwicklung zeichnet sich gerade erst ab. Deutschland hält Europa zusammen und stärkt den europäischen Pfeiler in der NATO.
- Wir fördern Freihandel, u.a. mit der Ratifizierung der EU-Investitionsschutzabkommen mit Singapur und Vietnam, dem Fortgeschrittenen Rahmenabkommens der EU mit Chile sowie der Ratifizierung von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und verschiedenen afrikanischen Staaten. Erfolgreich haben wir für den Abschluss des EU-Mercosur Abkommens geworben und auf das vorläufige Inkrafttreten ab 1. Mai 2026 gedrungen. Auch die Verhandlungen zu Freihandelsabkommen mit Indien, Indonesien und Australien sind abgeschlossen.
- Wir haben im Bundestag eine Kommission zur Überprüfung der sicherheitsrelevanten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und China eingesetzt. Damit geben wir eine Antwort auf die zunehmenden geoökonomischen Risiken aus Wirtschaftsperspektive und setzen unsere Forderung aus der vergangenen Wahlperiode um.